

Pakistan

Terror gegen Christen

Am 15. März 2015 versuchten Terroristen in der größten pakistanischen Gemeinde in Lahore Yohanaabad in die katholische Kirche St. John einzudringen. Zwei junge Christen stellten sich ihnen entgegen und wurden von den Selbstmördern mit in den Tod gerissen. Ob das Verbrechen zu verhindern gewesen wären, weil die Polizisten, die die Kirche bewachen sollten, ein Cricket-Worldcup-Spiel ansahen, ist Spekulation. Fast zeitgleich eröffneten Terroristen das Feuer auf Gottesdienstbesucher der evangelischen Christus-Kirche, und danach auf die Shakaina Kirche. 14 Christen wurden getötet, 80 verletzt. Aneeqa Maria Anthony, Leiterin des Kinderhilfswerks VOICE wurde Augenzeugin, wie aufgebrachte Christen zwei mutmaßliche Helfer der Attentäter lynchten und verbrannten: „Die Christen waren immer Opfer und man erwartet von ihnen, dass sie vergeben, aber dieses Mal haben sie die Grenze zur Barbarei überschritten. Immer wieder gab es Anschläge auf unsere Gemeinden, wir brachten uns selbst in Lebensgefahr, um anderen zu helfen, unsere Fahrzeuge haben

Kugeln abgefangen, die uns töten sollten. Akash Masih (siehe Foto) und Moosa Tanveer Masih haben ihr Leben geopfert, um die Terroristen nicht in unsere Kirche eindringen zu lassen. Ich möchte stolz auf diese beiden jungen Männer sein, aber ich wurde Zeuge der Barbarei und musste zusehen, wie Joseph Francis und andere am Einschreiten gehindert wurden. Bitte vergebte uns! (Aneeqa Maria Anthony, 15.3.2015 per e-mail)



Noch kurz zuvor hatte sie über die Situation der wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilten Christen in den Gefäng-

nissen berichtet: Dass die Gefängnisleitungen die Angehörigen nur unter schikanösen Bedingungen zu den Gefangenen lassen; junge christliche Frauen und Mädchen würden von Wärtern vergewaltigt und für die Prostitution mit Gefangenen verkauft. Einige Langzeitgefangene seien unter dem Druck verrückt geworden. Beschwerden, Bitten um Schutz beantwortet die Polizei mit „Still in Progress“ – Es dauert noch. Aber es geschieht nichts. „Wir Christen haben keine Zukunft.“ Katherine Sapna konnte die Last der Entscheidung nicht verbergen: ‚Gehe ich zurück nach Pakistan oder bitte ich um Asyl?‘ – Katherine Sapna ist zurückgefliegen. Ihre Berufung ist es zu helfen. „Die Verletzten benötigen ärztliche Hilfe und Zuspruch, Medikamente und Hilfsmittel. Familien, denen der Ernährer genommen wurde, stürzen ins uferlose Nichts“, meint Frau Sapna. Von VOICE haben wir die Zusage, dass sie sich um die Kinder kümmern wird. Bitte helfen Sie großzügig! Auch als Akt der Solidarität.

VOICE hatte bereits am 7.10.2013 einen Bericht über die ständigen Drohungen der Terroristen gegen die Kirchen in Yohanaabad veröffentlicht und Anzeige gegen die Terroristen des Anschlags auf die evangelische Kirche in Peschawar, bei dem Selbstmordattentäter 84 Christen mit in den Tod rissen, bei der Polizei der Stadt Nishtar eingereicht. Doch der Fall wurde geschlossen auf Veranlassung der – wie sie genannt wurden – “angesehenen“ Christen von Yohanaabad. Es habe sich um ein Missverständnis gehandelt. Was für ein Sarkasmus!

Katherine Sapna, enge Mitarbeiterin von Joseph Francis, Leiter des Hilfswerks CLAAS nahm am Tag des Anschlags an der Jahresversammlung der IGFM in Bonn teil.

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:
IBAN: DE73 5125 0000 0023 0007 25
Swift-BIC: HELADEF1TSK
Taubussparkasse, Konto 23 000 725
BLZ: 512 500 00



Kennwort
Christen in Pakistan (46)

Am 17. März 2012 organisierte Sonia Garro gemeinsam mit den „Damen in Weiß“ einen Protestmarsch durch Havanna anlässlich des 9. Jahrestages des „Schwarzen Frühlings“, als in März/April 2003 78 Oppositionelle, Journalisten und Bürgerrechtler verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren. Dabei wurde Sonia Garro angeschossen und so geschlagen, dass sie das Bewusstsein verlor und erst in Haft wieder aufwachte. Angeklagt wurde sie wegen angeblichem „Angriff auf die staatliche Autorität“ und wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses“. Ein Urteil hat es nie gegeben. Bei der Jahresversammlung der IGFM berichtete sie über die Haft und ihre Arbeit.

Die Standardgröße der Gemeinschaftszelle für 24 Frauen schätzt sie auf ca. 8 x 8 m. Die Frauen, die wegen krimineller Delikte einsaßen, durften täglich zum Hofgang an die frische Luft oder arbeiten. Sie wurden angestachelt, Konflikte zu schüren, um den Wärtern die Möglichkeit des harten Eingreifens gegen die „Politischen“ zu geben. Auch in der Haft wurde sie so geschlagen, dass sie im Krankenhaus stationär behandelt werden musste. Ein Richter nahm den Vorfall auf, aber es geschah nichts. Am Schlimmsten aber war die Isolierzelle, in die sie mehrmals zu je 10 Tagen eingesperrt wurde. Sie war 2 x 1 m groß mit einer kleinen Lichtöffnung, durch die kaum Licht fiel. Sie war feucht und unhygienisch. Morgens erhielt sie ein Glas Trinkwasser und nachmittags einen Eimer Wasser zum Waschen; Kriminelle erhielten immerhin eine Flasche Trinkwasser. Das Essen war oft verdorben und vor allem ungenügend. Um 23 Uhr brachte man eine Matratze in die leere Zelle und nahm sie ihr am anderen Morgen um 6 Uhr wieder ab; Kriminellen stand eine Matratze von 18 Uhr bis 9 Uhr zur Verfügung. Manchmal habe sie auf dem nackten Asphaltboden gesessen und auch schlafen müssen. Am 9.12.2014 wurde sie entlassen. Die Anklage erwies sich als Konstrukt; sie war unschuldig. Heute leidet Sonia Garro unter Diabetes, Bluthochdruck, und sie hat Nierenprobleme. Brechen konnte man sie nicht.

Schon vor der Haft unterrichtete sie in ihrer Wohnung in ihrer Gemeinde Marianao mit ausdrücklicher



Zustimmung der Eltern ca. 20 Kinder im Alter von 2 – 18 Jahren mit Hilfe von Freizeitpädagogen in afroamerikanischer Geschichte, in Kunst und Musik. Das Viertel Marianao ist das ärmste Viertel Havannas; die Eltern gehen in der Regel beide arbeiten. Als sie einen siebenjährigen Jungen auf der Straße mit einer Pistole spielen sah, wollte sie etwas dagegen tun. Unterrichtszwang gibt es nicht, und dennoch kommen die Kinder gern, und manche bringen auch Freunde mit. Der Unterricht findet in Klassen entsprechend ihrem Ausbildungsstand statt. Am Schluss eines jeden Kurses, der je nach Bereitschaft der Hilfslehrer unterschiedlich lang sein könne, gibt es ein Geschenk, und gemalte Bilder werden in einer Ausstellung präsentiert. Sonia Garro betont, dass Politik nicht Gegenstand des Unterrichts sei.

Direkt nach ihrer Freilassung

aus dem Gefängnis hat sie den Privatunterricht wieder angeboten, und tatsächlich sind die Kinder sofort wieder zu ihr gekommen. Auch die Eltern haben zugestimmt, denn sie waren nicht nur von der Unschuld Sonia Garros überzeugt, einige der Eltern hatten ihre Verhaftung miterlebt; sie sei brutal und unangemessen gewesen.

Sie nutzt das Lehrmaterial, das sie von Botschaften erbettelt hatte. Die größte Förderung erhielt sie von der tschechischen Botschaft. Doch seit ihrer Verhaftung hat sie nichts mehr bekommen; sie muss mit veralteten und abgegriffenen Materialien arbeiten. Es fehlen Stifte, Hefte, Malblöcke, Farben, Lehrbücher und Kinderbücher zum Vorlesen für die Kleinsten. Sonia Garro kehrt nach Kuba zurück, weil sie etwas zum Guten verändern will. Wir wollen ihr dabei helfen. Kennwort für Ihre Spende:

Kennwort Kuba (19)

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0, Fax : 069 - 420 108 33
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Karl Hafen

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Johnen-druck, Bernkastel-Kues

Satz und Layout: Pixelvektor Stefan Eschenbach

Sektion Österreich:

Hackerhofergasse 1, A-1190 Wien

Sektion Schweiz:

Birkenweg 1, CH-2560 Nidau,

Tel.: 32 - 331 75 67, Fax : 32 - 331 57 81

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Gedenktag 24. April 2015

Hundert Jahre Völkermord im Osmanischen Reich 1915 und in den Folgejahren

Am 24. April erinnern zahlreiche Veranstaltungen an den Beginn des Völkermordes an den Armeniern, der sich in diesem Jahr zum hundertsten Male jährt. Als Völkermord (Genozid) bezeichnet die „Konvention über die Verhütung und Verurteilung des Völkermordes von Dezember 1948“ „alle Taten mit der Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe vollständig oder teilweise zu vernichten“.

Bereits zwischen 1894 und 1915 wurden Schätzungen zufolge bei Pogromen zwischen 200.000 bis 300.000 Armenier im damaligen Osmanischen Reich ermordet. Am 24. April 1915, als die Regierung im damaligen Konstantinopel 235 armenische Politiker, Künstler, Journalisten und Unternehmer verhaftet hatte und später umbringen ließ, begann die systematische Ermordung. In den Folgemonaten trieben türkische Gendarmen, Polizisten und Soldaten fast alle Armenier des Osmanischen Reiches in Sammellagern zusammen. Bis zu einer Million Menschen starben bei den berüchtigten Todesmärschen. Schätzungen zufolge kamen 1915 bis 1917 und 1919 bis 1921 in Verbindung mit den türkischen Befreiungskriegen 600.000 bis 1,5 Millionen Armenier um. Darüber hinaus wurden rund 500.000 Aramäer/Assyrer getötet. Bei Racheaktionen armenischer Verbände gab es 1917 zwischen mehreren Zehntausend und 128.000 meist kurdischen Toten. Vor Istanbulen Kriegesgerichten wurden unter dem Druck der westlichen Siegerstaaten 17 Todesurteile gefällt, davon drei vollstreckt. Das Gericht konnte den Angeklagten die zentrale und systematische Vorbereitung der Verbrechen nachweisen.

Während die allermeisten Historiker in den verübten Verbrechen einen vollzogenen Völkermord sehen, stellt die Türkei die Toten als Opfer von Kriegswirren und Hungersnot hin. Am 31. März 1923 erklärte die Regierung Mustafa Kemal Atatürks eine allgemeine Amnestie für die Angeklagten, die der Beteiligung am Völkermord bezichtigt und angeklagt worden waren. Spätere Regierungen leugneten den Genozid völlig. Die blutige Rache der Armenier wird jedoch bis heute den in der Türkei verbliebenen Armeniern als Kollektivschuld angelastet, und nach offizieller türkischer Version gelten nur die Toten auf türkischer Seite als Opfer.



Anlässlich des Gedenktages am 24. April 2015 wiederholt die **Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)** die nach ihrer achten Untersuchungsmission im Herbst 2014 über die Lage der Religionsfreiheit in der Türkei erhobenen Forderungen für die Wiederherstellung der Religionsfreiheit der Christen in der Türkei:

- Anerkennung der gegen die Armenier und Aramäer gerichteten Pogrome von 1915 im damaligen Osmanischen Reich als Völkermord und offizielles Gedenken im Frühjahr 2015 zum 100. Jahrestag
- Verankerung von Minderheitenrechten in der geplanten neuen Verfassung
- Offizielle rechtliche Anerkennung des griechischen Patriarchats in Istanbul
- Offizielle Anerkennung des unterdrückten Titels „Ökumenischer Patriarch“
- Vollständige Rückgabe oder Restitution zuvor enteigneter Kirchenimmobilien
- Beendigung der Landenteignungen zu Lasten der syrisch-orthodoxen Klöster im Tur Abdin, insbesondere des Klosters Mor Gabriel
- Öffnung des griechisch-orthodoxen Priesterseminars auf der Insel Chalki und des Heilig-Kreuz-Seminars der Armenier
- Staatliche Unterstützung bei der Renovierung des früheren, zeitweise enteigneten Waisenhausgebäudes auf der Prinzeninsel Büyükkada und Unterstützung eines dort geplanten Zentrums für interreligiöse Begegnung, wie Patriarch Bartholomaios es vorschlägt
- Genehmigung einer neuen syrisch-orthodoxen Kirche in Istanbul
- Aufhebung des Verbots zur Erteilung des aramäischen Sprachunterrichts
- Anerkennung der Assyro-Aramäer, Katholiken und Protestanten als Minderheiten im Sinne des Lausanner Vertrages von 1923
- Rechtliche Anerkennung der katholischen und protestantischen Kirche
- Streichung der Religionszugehörigkeit im Personalausweis

Die aus der **IGFM** hervorgegangene Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen wird am 13. Juni 2015 in der Basilika St. Aposteln in Köln ihren diesjährigen Stephanus-Preis posthum dem am 11. Juni 1915 in der Nähe von Diyarbakir mit über 400 weiteren Christen ermordeten armenisch-katholischen Erzbischof Ignatius Maloyan von Mardin (Südost-Türkei) verleihen. Er hatte sich nach einem qualvollen

achtstägigen Martyrium geweigert, den Islam anzunehmen und wurde vom Polizeichef Mardins persönlich erschossen. Interessenten für die Teilnahme wenden sich bitte an die **IGFM**-Geschäftsstelle. Die Preisverleihung wird von einer Ausstellung über den Völkermord begleitet. Ihre Spende für Ausstellung und Begleitheft

„Würde ich verhaftet, wenn ich in Kiew ein Schild durch die Straße tragen würde, ‚Zur Hölle mit dem Krieg‘?“ Antwort: „Das kommt darauf an, wer Euch sieht und anzeigt.“ Die Frage stellte Prof. Dr. Suchorukow, Vorsitzender der **IGFM** in der Ukraine. Die Antwort gab ein Staatsanwalt während eines Seminars über humanitäres Völkerrecht. Manches Absonderliches berichtete während der Jahresversammlung der Geschäftsführer der Sektion Anton Alexejew: „Einige der Aufständischen sind noch Mitglieder des ordentlichen Parlaments der Ukraine in Kiew. Sie scheuen sich nicht, während der Parlamentswoche in Tarnkleidung an den Parlamentssitzungen teilzunehmen, diskutieren dort über den Frieden, und am Wochenende schicken sie ihre Leute ins Blutbad.“ Aber auch Nachdenkliches: „Der Journalist Ruslan Kotsaba aus Ivano-Frankovsk im westlichen Teil der Ukraine erklärte am 17. Januar 2015 in einem selbstgedrehten Video auf Youtube, dass er eher zwei bis fünf Jahre im Gefängnis verbringen wolle, als in einen Bürgerkrieg zu ziehen und dort seine Freunde, die im Osten der Ukraine leben, zu töten oder dabei zu assistieren. Er wurde dafür der Zusammenarbeit mit russischen Medien und der Obstruktion der ukrainischen Armee beschuldigt, und es erwarten ihn 8 bis 15 Jahre Haft. Der Ukrainer Sacharschuk arbeitet seit Jahren für eine Zeitung in St. Petersburg. Er gilt als Journalist, der

frei und fair berichtet und vor allem nicht käuflich ist. Doch beim Besuch von Freunden in der Ukraine wurde er wegen Fotografierens angeblich strategischer Orte verhaftet. Sacharschuk behauptet, er habe nur die Zerstörungen dokumentieren wollen.“ Die ukrainische Regierung wird finanziell und politisch unterstützt. Darum dürfen wir gerade jetzt nicht zulassen, dass die ukrainische Regierung Menschenrechte missachtet. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass unsere Bundesregierung darüber nicht spricht und unsere freie Presse das hinnimmt.“ Rechtsanwalt Vladimir Novitzky, Vorsitzender der **IGFM**-Sektion Russland, berichtete: „Der Bürgerkrieg in der Ukraine beherrscht die Medien Russlands. Viele merken nicht mehr, dass das, was da verbreitet wird, gezielte Propaganda ist, aber sie haben keine Alternativen und so setzt sich die Meinung durch: Der Krieg der Ukraine gegen die Rebellen wird durch den Westen und von ukrainischen Oligarchen geführt, und die unter Kontrolle der Separatisten stehenden Gebiete gehören schon längst nicht mehr zur Ukraine. Gleichzeitig wird aber auch verbreitet: Die Ukrainer sind keine Feinde Russlands.“ Laut russischen Medien sind ca. 1.000.000 Menschen aus den Gebieten Krasnodar und Lugansk auf der Flucht; allein in der Region Rostow müssen 300.000 Flüchtlinge versorgt werden. Sorgen bereiten viele traumatisierte Kinder, die dringend psychologische Hilfe brauchen. „Der Westen

muss seine Augen aufhalten: Immer mehr Flüchtlinge versuchen, vor russischen Gerichten Verfahren gegen die ukrainische Regierung anzustrengen, um Entschädigungszahlungen durchzusetzen“, so Novitzky.

Sorgen bereiten der **IGFM**-Sektion Russland der lange Arm Putins bei der Schikanie von Menschenrechtsorganisationen und freien Journalisten. Für Kritik an der Arbeit der Regierung können wieder bis zu 15 Jahre Haft verhängt werden. „Die Unterstützung für freie Journalisten ist wichtig, sowohl in Russland als auch in der Ukraine. Unsere Journalisten verstehen die Umstände, unter denen ihre Kollegen unfrei – d.h. unter ständiger Kontrolle und versuchter Einflussnahme – berichten müssen. Sie werden nur stark durch internationale Unterstützung.“ Die **IGFM**-Sektion Russland sieht ihre Existenz gefährdet: „Vereine, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland bekommen, müssen sich selbst als ausländische Agenten bezeichnen. Internationale Projektfördermittel für demokratiefördernde Projekte wie noch vor 10 Jahren sind bei Null angekommen, gleichzeitig gibt es jede Menge Putin-kontrollierte NGOs, die uns das Leben schwer machen.“ Die **IGFM** gibt ihre Sektionen nicht auf. Besuche und Gegenbesuche stärken sie und ihre Mitglieder. Sie sind Leuchttürme der Menschenrechtsarbeit. Darum helfen wir, und wir bauen auch auf Sie.

Kennwort Sektionsarbeit (35)

Gedenkstätte Perm-36 entehrt – Aufarbeitung ins Gegenteil verkehrt

1994 begannen ehemalige politische Gefangene und die Organisation Memorial mit dem Aufbau der Gedenkstätte Perm-36. Sie wurde die einzige ihrer Art auf russischem Boden, Erinnerungs- und Aufarbeitungsstelle der Schicksale solch bedeutender Bürgerrechtler wie Sergej Kowaljow, Lev Lukjanenko, Valerij Makarenko und andere, die dort viele Jahre aus politischen Gründen weggesperrt worden waren. Im Januar 2014 wurde dann die Finanzierung eingestellt; Strom- und Wasser abgestellt; seit April 2014 ist die Gedenkstätte faktisch geschlossen, die Mitarbeiter wurden entlassen. (siehe auch „Für die Menschenrechte“ Nr. 8/2014) 70.000 Unterschriften zum Erhalt des Museums blieben unberücksichtigt. Sollte die Gedenkstätte Perm-36 noch 2013 im „föderalen Programm zur ewigen Erinnerung der Opfer politischer Repression“ finanziell unterstützt werden, hat nun das russische Justizministerium eine Prüfung veranlasst, ob der Verein „Perm-36“ auf

die Liste der ausländischen Agenten gesetzt wird. Mit der Ankündigung einer neuen Museumskultur begann die Verunglimpfung der Opfer: Die neue Ausstellung erinnert



an das brutale Regime der Wärter und verherrlicht ihre Methoden und Techniken zur Demütigung bis hin zur physischen Vernichtung der politischen Gefangenen. Die neuen Helden sind die Wärter, „die die Sowjetunion vor ihren Staatsfeinden und ukrainischen Nationalisten geschützt hatten“.

Die **IGFM**-Sektionen Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldavien, Lettland, Litauen, Russland, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland, die alle von sowjetischen Bürgerrechtlern mit Verfolgungserfahrung gegründet wurden, sind erschüttert über den neuen Weg, den die russische Regierung in der Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit eingeschlagen hat und fordert die russische Regierung auf, das Andenken an die, die für Freiheit und Menschenrechte gekämpft hatten, nicht zu entehren!